

INHALTSVERZEICHNIS

1. Teil: Der Darlehensvertrag	1
1. Abschnitt: Neustrukturierung des Darlehensrechts durch die Schuldrechtsreform	1
2. Abschnitt: Der Darlehensvertrag, §§ 488–490	1
1. Das Zustandekommen des Darlehensvertrags sowie die Vertragspflichten	2
1.1 Die wirksame Einigung über den Vertragsinhalt	2
1.1.1 Die Einigung über den erforderlichen und möglichen Vertragsinhalt	2
1.1.2 Die Art und Weise des Zustandekommens des Darlehensvertrags	3
1.1.3 Die Sonderformen des Darlehens	5
1.2 Die mit dem Zustandekommen des Vertrags entstehenden Pflichten	7
1.2.1 Die Pflichten des Darlehensgebers	7
1.2.2 Die Pflichten des Darlehensnehmers	8
1.2.3 Die Rechtsnatur des Darlehensvertrages	9
2. Die Nichterfüllung und Verletzung von Vertragspflichten	9
2.1 Die Vertragspflichtverletzungen des Darlehensgebers	9
2.2 Die Vertragspflichtverletzungen des Darlehensnehmers	10
3. Die Beendigung des Darlehensvertrags und die Rechtsfolgen	10
3.1 Die Erfüllung des Darlehensvertrags gemäß § 362	11
Fall 1: Namensspargbuch	11
3.2 Die Beendigung des Darlehensvertrags durch Kündigung	12
3.2.1 Ordentliche Kündigung unbefristeter Darlehensverträge gem. § 488 Abs. 3	12
3.2.2 Ordentliche Kündigung durch den Darlehensnehmer gemäß § 489	13
3.2.3 Außerordentliche Kündigung durch den Darlehensgeber gem. § 490 Abs. 1	13
3.2.4 Außerordentliche Kündigung durch den Darlehensnehmer gemäß § 490 Abs. 2	14
3.2.5 Außerordentliche Kündigung gemäß § 314 und Störung der Geschäftsgrundlage gemäß § 313	14
3.2.6 Kündigung bei Vertragsschluss mit mehreren Vertragspartnern	14
3.2.7 Folgen der Verletzung der Rückerstattungspflicht	15
4. Die Sicherungsmöglichkeiten	15
4.1 Die persönlichen Sicherheiten durch Dritte	15
4.2 Die Verpfändung von Sachen, Rechten und Forderungen	15
4.3 Die Belastung von Grundstücken	15
► Übersicht: Zusammenfassung zum Darlehensvertrag, §§ 488–490	16

3. Abschnitt: Der Sachdarlehensvertrag, §§ 607–609	17
1. Das Zustandekommen des Sachdarlehensvertrags sowie die vertragstypischen Pflichten	17
1.1 Die Einigung über den Inhalt beim Sachdarlehensvertrag	17
1.1.1 Erforderlicher Vertragsinhalt	17
1.1.2 Möglicher Vertragsinhalt	17
1.2 Die Art und Weise des Zustandekommens des Sachdarlehensvertrags	18
1.2.1 Sachdarlehensvertrag als Konsensualvertrag	18
1.2.2 Möglichkeiten des Zustandekommens	18
1.2.3 Hauptanwendungsfälle	18
1.3 Die mit dem Zustandekommen des Sachdarlehensvertrags entstehenden Pflichten	19
1.3.1 Die Pflichten des Sachdarlehensgebers	19
1.3.2 Die Pflichten des Sachdarlehensnehmers	19
2. Die Beendigung des Sachdarlehensvertrags	19
2.1 Beendigung durch Erfüllung	19
2.2 Weitere Beendigungsmöglichkeiten	19
2.2.1 Beendigung mit Ablauf der vereinbarten Überlassungszeit	20
2.2.2 Beendigung durch außerordentliche Kündigung, § 314	20
2.3 Folgen der Verletzung der Rückerstattungspflicht	20
 2. Teil: Die Schenkung	 21
1. Abschnitt: Das Zustandekommen des Schenkungsvertrags	21
1. Der Vertragsinhalt des Schenkungsvertrags	21
1.1 Die Zuwendung = der zu übertragende Vermögenswert	21
1.1.1 Erwerb unter Verwendung eigener Mittel	22
1.1.2 Die unentgeltliche Zuwendung einer Sache zum Gebrauch	22
1.1.3 Bestellung von Sicherheiten	23
1.2 Die Unentgeltlichkeit der Zuwendung	23
1.2.1 Unentgeltlichkeit bei fehlender Gegenleistungspflicht	23
1.2.2 Notwendigkeit der Auslegung bei zusätzlicher Zuwendung für eine erbrachte Leistung	23
1.2.3 Entrichtung eines Preises, der nicht unerheblich unter dem Verkehrswert liegt	24
Fall 2: Grober Undank	24
1.2.4 Zuwendung unter Ehegatten	26
2. Die wirksame Einigung	26
2.1 Notarielle Beurkundung des Schenkungsversprechens, § 518 Abs. 1 S. 1	26
2.2 Heilung der Formnichtigkeit nach § 518 Abs. 2	27
 2. Abschnitt: Die Pflichten und Rechtsfolgen der Pflichtverletzung	 28
3. Abschnitt: Das Rückforderungsrecht	28

4. Abschnitt: Die Arten der Schenkung	29
1. Die Handschenkung	29
2. Die Schenkung unter Auflage, §§ 525–527	29
3. Die Zweckschenkung	30
4. Die Schenkung auf den Todesfall, § 2301	30
► Übersicht: Die Schenkung	31
3. Teil: Der Reisevertrag	32
1. Abschnitt: Die Vertragspartner und die Beteiligten	32
1. Der Reiseveranstalter	32
1.1 Abgrenzung zur Vermittlung der Reise	33
1.2 Nichtvorliegen der Eigenschaft als Reiseveranstalter	33
1.2.1 Das Reisebüro	33
1.2.2 Die einzelnen Leistungsträger	34
2. Der Reisende	34
3. Vertragliche Beziehungen bei Einschaltung eines Reisebüros	35
2. Abschnitt: Zustandekommen und die entstehenden Verpflichtungen	35
1. Die Einigung zum Zustandekommen des Vertrags	36
1.1 Die Gesamtheit der Reiseleistungen i.S.d. § 651 a	36
1.2 Fallgestaltungen, in denen keine Gesamtheit von Reiseleistungen vorliegt	36
2. Die mit dem Vertragsschluss entstehenden Pflichten	38
2.1 Die Pflichten des Reiseveranstalters	38
2.2 Die Pflichten des Reisenden	38
2.2.1 Die Hauptleistungspflicht des Reisenden ist es, den vereinbarten Reisepreis zu zahlen	38
2.2.2 Die weiteren Pflichten und Obliegenheiten des Reisenden	39
3. Abschnitt: Besondere Rechte des Reisenden vor Reisebeginn nach §§ 651 b und 651 i	39
1. Die Vertragsübertragung gemäß § 651 b	39
2. Das Rücktrittsrecht gemäß § 651 i	40
4. Abschnitt: Die Mängelhaftung und Gewährleistung	40
1. Der Reisemangel	41
1.1 Der nutzungsschmälernde Fehler	41
1.1.1 Subjektiver Fehlerbegriff	41
1.1.2 Nicht jede Unannehmlichkeit begründet einen Fehler – Abgrenzungen	43
1.1.3 Die Verletzung von Obhuts- und Fürsorgepflichten	43
1.2 Das Fehlen zugesicherter Eigenschaften	43
1.2.1 Eigenschaften	43
1.2.2 Die Zusicherung	43

2. Die Mängelansprüche = Rechte des Reisenden	45
2.1 Die Abhilfe, Selbstabhilfe, der Aufwendungs- und Schadensersatzanspruch	45
Fall 3: Hochklassisch	45
2.2 Die Minderung und der Schadensersatzanspruch	48
2.2.1 Der Ausgleich des Nachteils, der wegen des Mangels eintritt	49
Fall 4: Urlaubsbeeinträchtigung	49
2.2.2 Der Schadensersatzanspruch des Reisenden, wenn infolge des Reisemangels ein Schaden an seinen Rechtsgütern entsteht	51
Fall 5: Brüchiger Balkon	52
2.3 Die Kündigung des Reisevertrags gemäß § 651 e	55
2.3.1 Der Kündigungsgrund	55
2.3.2 Die Kündigungserklärung	55
2.3.3 Rechtsfolge	56
2.4 Das Verhältnis der Mängelansprüche zueinander	56
3. Ausschluss und Verjährung gemäß § 651 g Abs. 1 und 2	56
3.1 Die Ausschlussfrist gemäß § 651 g Abs. 1	56
3.1.1 Form der Geltendmachung der Mängelansprüche	57
3.1.2 Zeitpunkt der Geltendmachung	58
3.1.3 Anmeldung von Reiseersatzansprüchen durch Vertreter	58
3.1.4 Anwendungsbereich der Ausschlussfrist des § 651 g Abs. 1	58
3.2 Die Verjährung der Gewährleistungsrechte gemäß § 651 g Abs. 2	59
4. Die Rückabwicklung des Reisevertrags infolge höherer Gewalt	60
4.1 Höhere Gewalt	60
4.2 Verhältnis zum Wegfall der Geschäftsgrundlage (§ 313)	60
Fall 6: Abgesagte Klassenfahrt	61
5. Das Verhältnis der Mängelansprüche zu den allgemeinen Regeln	62
5.1 Die Beeinträchtigung aus der Sphäre des Reiseveranstalters	62
5.2 Die Verantwortlichkeit des Reisenden	63
6. Die Sicherstellung des Reisenden, § 651 k	64
7. Gastchulaufenthalte, § 651 l	64
► Übersicht: Die Rechtsbeziehungen zwischen Reisenden und Reiseveranstalter	65
 4. Teil: Der Maklervertrag, §§ 652–656	66
1. Abschnitt: Das Zustandekommen des Maklervertrags	66
1. Der Vertragsinhalt des Maklervertrags	66
1.1 Der erforderliche Inhalt gemäß § 652	66
1.2 Die mögliche Vertragsgestaltung	67
2. Die Art und Weise des Zustandekommens der Einigung	67

2. Abschnitt: Die Pflichten und die Vertragspflichtverletzung	68
1. Die Pflichten aus dem Maklervertrag	68
1.1 Der Abschluss des Hauptvertrags	68
1.1.1 Umstände, die zur nachträglichen Rückabwicklung des Hauptvertrags führen	68
1.1.2 Bestehenbleiben des Provisionsanspruchs	69
1.2 Kongruenz, Ursächlichkeit und Kenntnis von der Maklertätigkeit	71
2. Die Verletzung der Vertragspflichten	72
2.1 Pflichtverletzungen des Maklers	72
2.2 Pflichtverletzungen des Auftraggebers	72
3. Abschnitt: Die Beendigung des Maklervertrags	73
1. Kündigung des unbefristeten Maklervertrags	73
2. Kündigung des befristeten Maklervertrags	73
3. Sonstige Beendigungsgründe	73
4. Abschnitt: Besondere Maklerverträge	74
1. Darlehensvermittlungsvertrag zwischen Unternehmer und Verbraucher	74
1.1 Der Darlehensvermittlungsvertrag gemäß § 655 a	74
1.2 Die Formerfordernisse des § 655 b Abs. 1	74
1.3 Verschärfung der Voraussetzungen des § 652 Abs. 1 für die Verpflichtung zur Zahlung der Provision durch § 655 c S. 1	74
1.4 Das gesetzliche Verbot des § 655 d S. 1	75
1.5 Abbedingungs- und Umgehungsverbot des § 655 e Abs. 1	75
2. Ehemaklervertrag	75
2.1 Allgemeines	75
2.2 Finanzierter Ehemaklervertrag	75
2.3 Partnervermittlungsvertrag	76
3. Sonderbestimmungen	76
5. Teil: Die Bürgschaft	77
1. Die Sicherung durch eine Bürgschaft	77
2. Der Regelungsbedarf im Bürgschaftsrecht	77
1. Abschnitt: Das Zustandekommen und die Pflichten	78
1. Der Vertragsinhalt der Bürgschaft	78
1.1 Die Einigung über die zu sichernde Forderung	78
1.2 Der mögliche Inhalt	79
1.3 Abgrenzung: Bürgschaft, Schuldbeitritt oder Garantie	79
Fall 7: Zahlungszusage	80
► Übersicht: Persönliche Sicherung von Forderungen	82

2. Die Wirksamkeit der Einigung	82
2.1 Die formbedürftige Bürgschaft gemäß § 766	83
2.1.1 Das Schriftformerfordernis des Bürgschaftsversprechens	83
2.1.2 Kein Schriftformerfordernis nach § 350 HGB	84
2.1.3 Heilung des Formmangels gemäß § 766 S. 3	84
2.1.4 Einhaltung der Form bei einer sog. Blankobürgschaft	84
Fall 8: Warenbeschaffungsnot	84
2.2 Die Nichtigkeit der Bürgschaft gemäß § 138 Abs. 1	86
2.2.1 Einzelheiten zum objektiven Tatbestand	87
2.2.2 Der subjektive Tatbestand des § 138 Abs. 1	95
2.2.3 Die Rechtsfolgen, wenn der Grund des berechtigten Interesses später entfällt bzw. nicht eintritt	95
2.3 Die Unwirksamkeit der Bürgschaft nach den §§ 305–310	97
2.3.1 Der Verstoß gegen § 305 c Abs. 1	97
2.3.2 Der Verstoß gegen § 307 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. § 767 Abs. 1 S. 3	98
2.3.3 Verhältnis der Prüfung nach den §§ 305–310 zur Prüfung gem. § 138 Abs. 1	100
► Übersicht: Nichtigkeit der Bürgschaft gemäß § 138	101
3. Die Akzessorietät	102
2. Abschnitt: Das Erlöschen und die Befreiung	103
1. Das Erlöschen der Bürgschaftsforderung	103
1.1 Erlöschen aufgrund der Akzessorietät	103
1.2 Zeitliche Begrenzung der Bürgschaft	103
1.3 Verzicht des Gläubigers	103
1.4 Erlöschen durch Kündigung	104
1.5 Erlöschen bei Wechsel des Hauptschuldners durch Vertragsübernahme	104
2. Die Befreiung	104
3. Wegfall der Geschäftsgrundlage – WGG –, § 313	104
3. Abschnitt: Die Gegenrechte des Bürgen	105
1. Die eigenen Einreden des Bürgen	106
1.1 Einreden durch Vereinbarung	106
1.2 Einreden kraft Gesetzes	106
2. Die „Einreden“ des Schuldners, die vom Bürgen geltend gemacht werden dürfen	106
2.1 Einrede der Stundung, der Verjährung und des Zurück- behaltungsrechts	106
2.2 Die Einreden aufgrund eines Gestaltungsrechts gemäß § 770	107
4. Abschnitt: Die Rückgriffsansprüche bei Zahlung	108
1. Der Bürge als alleiniger Sicherungsgeber zahlt	108
Fall 9: Bürgenrückgriff	108

2. Ein Mitbürge zahlt	110
2.1 Übergang der Forderung des Gläubigers gegen den Hauptschuldner	110
2.2 Der Übergang der Bürgschaftsforderung	110
2.2.1 Abweichende Vereinbarung / Abweichung kraft Natur der Sache	110
2.2.2 Fall der teilweisen Befriedigung des Gläubigers durch einen Mitbürgen	110
2.2.3 Ausgleich unter Mitbürgen im Falle der nachträglichen Entlassung und Befreiung des Mitbürgen	111
3. Der Ausgleich im Falle der Bürgschaft und des Schuldbeitritts	111
Fall 10: Ausgleich bei Schuldbeitritt und Bürgschaft	111
4. Der Ausgleich im Falle der Bürgschaft und Realsicherung	112
4.1 Zahlung durch den Bürgen	113
4.2 Zahlung durch den Eigentümer oder Verpfänder	113
5. Abschnitt: Besondere Arten der Bürgschaft	114
1. Die Bürgschaft „auf erstes Anfordern“	114
2. Die Nachbürgschaft	114
3. Die Rückbürgschaft	115
4. Die Ausfallbürgschaft	115
► Übersicht: Die Bürgschaft	116
6. Teil: Der Vergleich	117
1. Das Zustandekommen des Vergleichs	117
1.1 Streit oder Ungewissheit über ein Schuldverhältnis	117
1.2 Gegenseitiges Nachgeben	117
1.3 Formfreiheit des Vergleichsvertrags	117
2. Die Unwirksamkeit des Vergleichs	117
2.1 Die Beschränkung der Anfechtbarkeit des Vergleichs	118
2.2 Die Unwirksamkeit des Vergleichs gemäß § 779	118
2.3 Der Wegfall der Vergleichsgrundlage	119
3. Die Rechtsfolgen des Vergleichs	119
3.1 Parteienstreit über Bestand oder über Inhalt eines Schuldverhältnisses	120
3.1.1 Das „alte“ Schuldverhältnis soll dem Grunde nach bestehen bleiben	120
3.1.2 Parteien haben auch über den Bestand des Schuld- verhältnisses gestritten	120
3.2 Vergleich bzgl. Bestand oder Inhalt eines dinglichen Rechtes	120
3.3 Der Prozessvergleich	120
► Übersicht: Der Vergleich	121

7. Teil: Das Schuldversprechen, Schuldanerkennntnis und Tatsachen-	
anerkenntnis	122
1. Das abstrakte = konstitutive Schuldanerkennntnis bzw. -versprechen	122
1.1 Das Zustandekommen	122
1.2 Die Rechtsfolge	123
1.3 Die Begründung des Schuldanerkennntnisses ohne Bestehen einer	
Kausalbeziehung	124
2. Das kausale = deklaratorische Schuldanerkennntnis	124
2.1 Streitbeilegung durch Bestätigung der Verbindlichkeit	124
2.2 Wirkung des Einwendungsausschlusses	124
2.3 Keine Rückforderung nach § 812 Abs. 2	125
3. Das Tatsachenanerkennntnis	125
 8. Teil: Die atypischen Verträge	127
1. Das Zustandekommen des atypischen Vertrags	127
2. Die Abwicklung des zustande gekommenen und fortbestehenden	
atypischen Vertrags	128
2.1 Die Abwicklung entsprechend der Vereinbarung	128
2.2 Die Abwicklung unter Anwendung der dispositiven Vorschriften	
des allgemeinen Schuldrechts, §§ 241–432	128
2.3 Die Abwicklung, wenn dispositive Vorschriften fehlen	129
 1. Abschnitt: Der Leasingvertrag	130
1. Überblick	130
1.1 Das Operatingleasing	131
1.2 Das Finanzierungsleasing	131
2. Das Zustandekommen des Vertrags	132
2.1 Der Vertragsinhalt	132
2.2 Die wirksame Einigung	134
2.2.1 Geltung der allgemeinen Regeln über Rechtsgeschäfte	134
2.2.2 Wirksamkeit der Einigung	134
3. Die Abwicklung des zustande gekommenen Vertrags	134
3.1 Die analoge Anwendung einer Abwicklungsregel	
des Schuldrecht BT auf den Leasingvertrag	134
3.2 Die Gefahrtragung	136
Fall 11: Verbrannt	136
3.3 Die Gefahrtragung und Ersatzberechtigung, wenn ein Dritter	
die geleaste Sache zerstört	137
3.4 Die Mängelansprüche des Leasingnehmers	138
Fall 12: Abbedungene Gewährleistung	138

4. Die Beendigung des Leasingvertrags und die Rechtsfolgen	142
4.1 Die Beendigung durch Zeitablauf und Kündigung	142
4.1.1 Die Beendigung durch Zeitablauf	142
4.1.2 Die Beendigung durch Kündigung	143
4.2 Die Rechtsfolgen der Beendigung	144
4.2.1 Der Rückübertragungsanspruch des Leasinggebers	144
4.2.2 Der Ausgleichsanspruch bei „vorzeitiger“ Beendigung	145
4.2.3 Der Schadensersatzanspruch	146
5. Der Kaufvertrag zwischen dem Leasinggeber und Lieferanten	146
5.1 Das Zustandekommen und die Vertragspflichten	146
5.2 Die Nichterfüllung und Verletzung von Vertragspflichten	146
5.3 Die Rücknahmegarantie	147
► Übersicht: Der Finanzierungsleasingvertrag	148
► Übersicht: Der Kaufvertrag zwischen Leasinggeber und Lieferanten	150
2. Abschnitt: Der „Gesamtvertrag“ über inhaltlich gleiche Einzelleistungen	152
1. Der Vertrag über die dauerhafte oder wiederkehrende Lieferung von Sachen	152
2. Der Factoringvertrag	154
2.1 Der Vertragsinhalt, über den eine wirksame Einigung erzielt werden muss	154
2.2 Die Abwicklung des Factoringvertrags	155
3. Abschnitt: Der Gesamtvertrag mit inhaltlich ungleichen Einzelleistungsverpflichtungen	155
1. Der Automatenaufstellvertrag	155
1.1 Der Vertragsinhalt, über den eine wirksame Einigung zu erzielen ist	155
1.2 Die Abwicklung des Vertrags	156
2. Der Franchise-Vertrag	156
9. Teil: Verbraucherschutz	158
1. Abschnitt: Integration der Verbraucherschutzgesetze in das BGB durch die Schuldrechtsreform	158
1. Reformbedarf beim Verbraucherschutzrecht	158
2. Änderungen durch das Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts	158
2.1 Einheitliche zivilrechtliche Gesamtkodifikation	158
2.2 Eingliederung des HWiG und des FernAbsG	159
2.3 Eingliederung des TzWrG und des VerbrKrG	159
2.4 Einfügung der Regelung des § 312 e.....	159

2. Abschnitt: Grundbegriffe des Verbraucherrechts und das Widerrufs- und Rückgaberecht bei Verbraucherverträgen	160
1. Verbraucher, Unternehmer, §§ 13, 14	160
1.1 Verbraucher, § 13	160
1.1.1 Natürliche Personen	160
1.1.2 Zweck des Rechtsgeschäfts	161
1.2 Unternehmer, § 14	162
1.2.1 Begriff des Unternehmers	162
1.2.2 Rechtsfähige Personengesellschaften	162
2. Widerrufs- und Rückgaberecht bei Verbraucherverträgen, § 355	163
2.1 Entwicklung der gesetzlichen Regelung des Widerrufs- und Rückgaberechts	163
2.1.1 Gesetz über Fernabsatzverträge	163
2.1.2 Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts	163
2.1.3 Änderungen durch Art. 25 OLG-VertrÄndG	164
2.2 Das Widerrufsrecht, § 355	164
2.2.1 Widerrufserklärung	164
2.2.2 Widerrufsfrist	164
2.3 Das Rückgaberecht, § 356	168
2.3.1 Voraussetzungen des Rückgaberechts, § 356 Abs. 1	169
2.3.2 Ausübung des Rückgaberechts, § 356 Abs. 2	169
2.4 Rechtsfolgen des Widerrufs und der Rückgabe, § 357	169
2.4.1 Rückgewähr der Leistungen	170
2.4.2 Wertersatzpflicht des Verbrauchers	170
2.4.3 Ausschluss weitergehender Ansprüche gem. § 357 Abs. 4	172
3. Verbundene Verträge, §§ 358, 359	172
3.1 Verbundene Verträge, § 358 Abs. 3	173
3.1.1 Darlehenszweck	174
3.1.2 Wirtschaftliche Einheit	174
3.2 Widerrufsdurchgriff	176
3.2.1 Widerruf des finanzierten Vertrags, § 358 Abs. 1	176
3.2.2 Widerruf des Verbraucherdarlehensvertrags, § 358 Abs. 2	176
Fall 13: Finanzierter Autokauf	177
3.3 Einwendungs- und Rückforderungsdurchgriff	182
Fall 14: Rücktritt vom Kaufvertrag	182
3. Abschnitt: Haustürgeschäfte, §§ 312, 312 a	185
1. Integration des HWiG in das BGB durch die Schuldrechtsreform	185
2. Anwendungsbereich	185
2.1 Verbraucher, §§ 312 Abs. 1 S. 1, 13	186
2.1.1 Begriff des Verbrauchers	186
2.1.2 Vertreterhandeln aufseiten des Verbrauchers	186
2.2 Unternehmer, §§ 312 Abs. 1 S. 1, 14	187

2.3 Der sachliche Anwendungsbereich, §§ 312 Abs. 1 und 3	187
2.3.1 Entgeltliche Leistung	187
Fall 15: Haustür-Bürgschaft	188
2.3.2 Art der Vertragsanbahnung	191
2.4 Verhältnis des § 312 zu anderen Vorschriften, § 312 a	195
2.4.1 Neufassung des § 312 a durch Art. 25 Abs. 1 OLG-VertrÄndG	195
2.4.2 Subsidiarität des § 312 nach § 312 a	197
2.5 Unabdingbarkeit und Umgehungsverbot, § 312 f	198
2.5.1 Unabdingbarkeit, § 312 f S. 1	198
2.5.2 Umgehungsverbot, § 312 f. S. 2	198
3. Widerrufs- und Rückgaberecht	198
4. Besonderer Gerichtsstand für Haustürgeschäfte, § 29 c ZPO	199
4.1 Regelung des § 29 c Abs. 1 S. 1 ZPO	199
4.2 Gerichtsstand der Widerklage im Fall des § 29 c Abs. 2 ZPO	199
4.3 Geltung der Gerichtsstandsregel auch für solche Haustürgeschäfte, auf die § 312 nicht anwendbar ist	199
4. Abschnitt: Fernabsatzverträge, §§ 312 b–312 d	200
1. Sinn und Zweck der Regelungen der §§ 312 b–312 d	200
2. Anwendungsbereich	200
2.1 Persönlicher Anwendungsbereich	200
2.2 Sachlicher Anwendungsbereich	201
2.2.1 Fernabsatzvertrag, § 312 b Abs. 1 und 2	201
2.2.2 Ausnahmen, § 312 b Abs. 3	202
2.3 Verhältnis der §§ 312 b–d zu anderen Vorschriften	203
2.3.1 Verhältnis zum Haustürgeschäft	203
2.3.2 Verhältnis zum Fernunterrichts- bzw. Teilzeit-Wohnrechte- vertrag	203
2.3.3 Verhältnis zum Verbraucherdarlehensvertrag	203
2.3.4 Verhältnis zu Finanzierungshilfen, § 312 d Abs. 5	203
2.4 Unabdingbarkeit und Umgehungsverbot	203
3. Informationspflicht	204
3.1 Die Informationspflichten des Unternehmers vor Vertragsschluss	204
3.2 Die Informationspflichten des Unternehmers bis zur vollständigen Erfüllung des Vertrags bzw. der Warenlieferung an den Verbraucher	204
3.3 Sanktionen bei Verletzung der Informationspflicht	205
3.3.1 Die Verletzung der vorvertraglichen Informationspflichten	205
3.3.2 Die Verletzung der Informationspflichten nach Vertragsschluss	205

4. Widerrufs- und Rückgaberecht	206
4.1 Das Widerrufsrecht gemäß § 312 d Abs. 1 S. 1 i.V.m. § 355	206
4.2 Besondere Regelungen in § 312 d Abs. 2 und 3	206
4.3 Besondere Regelungen in § 312 d Abs. 4	206
4.4 Wegfall des § 4 FernAbsG	207
5. Abschnitt: Besondere Regelungen für den elektronischen Geschäftsverkehr, § 312 e	207
1. Anwendungsbereich	207
1.1 Sachlicher Anwendungsbereich	207
1.2 Persönlicher Anwendungsbereich	208
1.3 Verhältnis zum Fernabsatzvertrag, § 312 b	209
1.3.1 Abgrenzung des Anwendungsbereichs in sachlicher Hinsicht ...	209
1.3.2 Abgrenzung des Anwendungsbereichs in persönlicher Hinsicht	209
2. Pflichten des Unternehmers im elektronischen Geschäftsverkehr, § 312 e Abs. 1	210
2.1 Zurverfügungstellung von Korrekturmöglichkeiten, § 312 e Abs. 1 S. 1 Nr. 1	210
2.2 Informationspflichten, § 312 e Abs. 1 S. 1 Nr. 2	210
2.3 Zugangsbestätigung, § 312 e Abs. 1 S. 1 Nr. 3	210
2.4 Verschaffung einer Abrufmöglichkeit für die Vertragsbestimmungen, § 312 e Abs. 1 S. 1 Nr. 4	211
3. Ausnahmen und Abdingbarkeit, § 312 e Abs. 2	211
3.1 Ausnahmen, § 312 e Abs. 2 S. 1	211
3.2 Abdingbarkeit, § 312 e Abs. 2 S. 2	211
3.3 Besonderheit der Pflicht des Unternehmers aus § 312 e Abs. 1 S. 1 Nr. 4	212
4. Rechtsfolgen	212
4.1 Hinausschieben des Beginns der Widerrufsfrist, § 312 e Abs. 3 S. 2	212
4.2 Anfechtung	212
4.3 Schadensersatzansprüche	213
4.4 Unterlassungsansprüche	213
5. Weitergehende Informationspflichten aufgrund anderer Vorschriften, § 312 e Abs. 3	213
6. Abschnitt: Teilzeit-Wohnrechteverträge, §§ 481–487	213
1. Regelung bis zur Modernisierung des Schuldrechts	213
2. Mittel des Verbraucherschutzes	214
3. Widerrufsrecht des Verbrauchers	214
4. Unabdingbarkeit, Umgehungsverbot	214
5. Prüfungsrelevanz	214

7. Abschnitt: Verbraucherdarlehensvertrag, Finanzierungshilfen und Ratenlieferungsverträge zwischen einem Unternehmer und einem Verbraucher, §§ 491–507	215
1. Auswirkungen des Gesetzes zur Modernisierung des Schuldrechts	215
1.1 Sachlicher Anwendungsbereich des VerbrKrG gemäß § 1 Abs. 2 VerbrKrG: sog. Kreditvertrag	215
1.2 Sachlicher Anwendungsbereich des VerbrKrG gemäß § 1 Abs. 3 VerbrKrG: sog. Kreditvermittlungsvertrag	215
2. Anwendungsbereich der §§ 491–507	216
2.1 Anwendungsbereich der Vorschriften über den Verbraucherdarlehensvertrag, §§ 491–498	216
2.1.1 Verbraucher als Darlehensnehmer, § 13 und § 507	216
2.1.2 Unternehmer als Darlehensgeber, §§ 14, 491 Abs. 1	218
2.1.3 Sachlicher Anwendungsbereich der §§ 491 ff.	218
2.2 Anwendungsbereich der Vorschriften über Finanzierungshilfen, §§ 499–504	221
2.2.1 Regelung der Finanzierungshilfen in den §§ 499–504	221
2.2.2 Die Grundnorm für die Finanzierungshilfen des § 499	222
2.2.3 Entgeltlicher Zahlungsaufschub von mehr als drei Monaten	222
2.2.4 Sonstige entgeltliche Finanzierungshilfe	223
2.3 Anwendungsbereich der Vorschrift über Ratenlieferungsverträge, § 505	224
2.4 Problematische Fälle	225
2.4.1 Schuldbeitritt	225
Fall 16: Schuldbeitritt zu einem Darlehensvertrag	225
2.4.2 Befreiende Schuldübernahme	228
2.4.3 Vertragsübernahme	229
2.4.4 Bürgschaft	230
3. Formvorschriften	231
3.1 Die Formerfordernisse des § 492	231
3.1.1 Schriftform, § 492 Abs. 1 S. 1–4	231
3.1.2 Angaben	232
3.1.3 Vollmacht	232
3.2 Rechtsfolgen von Formmängeln	233
3.2.1 Verbraucherdarlehensvertrag	233
3.2.2 Finanzierungshilfen zwischen Unternehmer und Verbraucher	234
3.2.3 Ratenlieferungsverträge	234
3.2.4 Überziehungskredite	235
4. Widerrufs- und Rückgaberecht	235
4.1 Widerrufsrecht	235
Fall 17: Gestohlenes Abzahlungsmotorrad	236
4.2 Rückgaberecht	237

5. Einwendungsverzicht; Wechsel- und Scheckverbot, § 496	237
5.1 Unwirksamkeit von Einwendungsverzicht oder Aufrechnungsverbot, § 496 Abs. 1	237
5.2 Wechsel- und Scheckverbot, § 496 Abs. 2 S. 1	237
5.3 Anwendungsbereich des § 496	238
6. Verzugszinsen; Teilleistungen, § 497	238
6.1 Regelung des § 497 Abs. 1	238
6.2 Regelung des § 497 Abs. 2	238
6.3 Regelung des § 497 Abs. 3	239
6.4 Anwendungsbereich des § 497	239
7. Kündigung wegen Zahlungsverzugs, § 498	239
Fall 18: Kündigung des Darlehensgebers gegenüber mehreren Darlehensnehmern	240
8. Rücktritt bei Teilzahlungsgeschäften, § 503 Abs. 2	241
8.1 Sonderregelung des § 503 Abs. 2 für das Rücktrittsrecht des Unternehmers wegen Zahlungsverzugs des Verbrauchers	241
8.2 Wirksame Ausübung des Rücktritts / Rücktrittsfiktion	242
8.3 Geltung der §§ 346 ff. für das Rückabwicklungsverhältnis	242
Stichwortverzeichnis	243